

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 15.12.2010

Ort: Aula des Beruflichen Schulzentrums für Technik II, Schloßstraße 3, 09111
Chemnitz

Zeit: 15:30 Uhr - 19:05 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist: 39 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	krank
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Wolfgang Höhnel	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Thomas Lehmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Urlaub
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	krank
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion	nachträgliches Eintragen in die Anwesenheitsliste
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	Sächsischer Landtag
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	Sächsischer Landtag
Herr Hans-Joachim Siegel	Fraktion DIE LINKE	witterungsbedingt
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion	Kinderbetreuung
Frau Yvonne Weber	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	Sächsischer Landtag
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Pflege Familie

Verspätetes Erscheinen (auch nachträgliche Entschuldigungen)

Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP	15:44 Uhr, TOP 4, dienstlich
Herr Dr. Christoph Gericke	SPD-Fraktion	15:32 Uhr, TOP 1, Gespräch mit Initiative "Chemnitzer Schulmodell"
Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	15:32 Uhr, TOP 1, witterungsbedingt
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	15:32 Uhr, TOP 1, witterungsbedingt
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:50 Uhr, TOP 4, dienstlich

Herr Wolfgang Kraneis	SPD-Fraktion	15:34 Uhr, TOP 1, Gespräch mit Initiative "Chemnitzer Schulmodell"
Frau Almut Patt	CDU-Ratsfraktion	15:32 Uhr, TOP 1, witterungsbedingt,
Herr Dr.-Ing. Volkmar Schubert	CDU-Ratsfraktion	15:35 Uhr, TOP 2, witterungsbedingt,
Herr Dr. Gerhard Schultz	CDU-Ratsfraktion	16:00 Uhr, TOP 6.2, witterungsbedingt,
Frühzeitiges Verlassen		
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	17:50 Uhr, TOP 7.15, privat
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	18:10 Uhr, TOP 7.17, privat

beratend Teilnehmende

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Detlef Nonnen	Bürgermeister Dezernat 2
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Sachverständiger

Herr Gerold Münster	Betriebsleiter ASR/ESC
---------------------	------------------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Herr Uwe Götsch	Amtsleiter Amt 23
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Ingeburg Ludwig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Ramona Spangenberg	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Sabine Widmann	Abteilungsleiterin Abt. 30.1

Fraktionsangestellte

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Sabine Widmann	Abteilungsleiterin Amt 30

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtrat und alles Anwesenden gedenken gemeinsam in einer Schweigeminute der verstorbenen Frau Wilma Kleinertz.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) beantragt die Beschlussvorlage B-301/2010 unter TOP 7.3 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, da aus Sicht seiner Fraktion zunächst die Dienstvereinbarung zwischen dem Personalrat und der Betriebsleitung des ASR abgeschlossen werden sollte, da es einen Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsplan und der Dienstvereinbarung gäbe.

Herr Bürgermeister Runkel informiert, dass zur Dienstvereinbarung bereits Verhandlungen zwischen der Betriebsleitung und dem Personalrat laufen und es klare Aussagen seitens der Betriebsleitung gäbe, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen werde. Er ist der Auffassung, dass der Wirtschaftsplan mit der Problematik Dienstvereinbarung nichts zu tun habe, da der Wirtschaftsplan darauf ausgerichtet sei, die Investitionstätigkeit des ASR sicherzustellen. Insofern könne die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung behandelt werden.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Absetzen der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Stadtrates - öffentlich - vom 03.11.2010 und 24.11.2010

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschriften gelten somit als genehmigt.

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

Eingeleiteten Maßnahmen auf Grund des Winterwetters

Aufgrund des heftigen Schneefalls ist entschieden worden, dass an den Chemnitzer Schulen am 16. und 17.12.2010 kein Unterricht stattfindet. Die Betreuung der Kinder in den Schulen und Horten wird jedoch abgesichert. In Anbetracht der Schneelast sind ab heute 25 Schulsportanlagen für den Sportunterricht und den Vereinssport gesperrt. Ebenfalls wurden vorsorglich alle Schwimmhallen geschlossen. Außerdem werden die Dächer an allen großen öffentlichen Einrichtungen geprüft und der Weihnachtsmarkt schließt heute eine Stunde früher, um die Hüttendächer von der Schneelast zu befreien. Das Weihnachtskonzert im städtischen Museum fällt aus. Es wurde ein Stab gebildet welcher zur Statik von Dächern Untersuchungen durchführt.

Konjunkturprogramm

Das Gesamtbudget betrug rund 38 Mio. € 73 der insgesamt 87 Maßnahmen, somit 84 % sind abgeschlossen. Die 14 noch nicht abgeschlossenen Maßnahmen werden je nach Wetter bis zum II. Quartal 2011 abgeschlossen. Von 561 Aufträgen gingen 291 (52 %) an Chemnitzer Firmen, 186 Aufträge (33 %) gingen an Firmen der Region und 84 Aufträge (15 %) wurden an Firmen aus dem Bundesgebiet vergeben. Die Planungsleistungen gingen zu 82 % an Büros in Chemnitz.

Innenstadtentwicklung

Mit der Eröffnung des Bürgerhauses am Wall wurde die erste Etappe des Innenstadtaufbaues abgeschlossen. Das nördliche Rathausumfeld ist damit gestaltet. Der Wall ist fertig.

Am 16.12.2010 wird im Rathaus am Markt 1 der Tourist- und Ticketservice eröffnet. Ebenso wird am 16.12.2010 das Gebäude der ehemaligen Bundesbank eröffnet.

Voraussichtlich im November 2011 soll das RAWEMA-Haus fertig umgebaut sein.

Der Bau der Jugendherberge wird voraussichtlich im August 2011 fertig gestellt sein.

Für das „Haus der Archäologie“ ist der voraussichtliche Abschluss für 2011 geplant und man hoffe, dass seitens des Freistaates alles dafür getan werde, dass das Museum 2013 eröffnet werden könne.

Die Verlegung des Pflasters auf den Markt ist erfolgreich abgeschlossen worden. Wenn es möglich ist, soll dies im nächsten Jahr auf einer Fläche von ca. 300 m² weiter ausgebaut werden.

Die Sanierung des Stadtverordnetensaales ist so gut wie abgeschlossen, somit werden die Stadtratssitzungen ab dem 26.01.2011 wieder dort stattfinden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bedankt sich in diesem Zusammenhang stellvertretend beim Hausmeister und der stellvertretenden Schulleiterin für die hervorragende Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Stadtratssitzungen innerhalb der letzten 17 Monate im Beruflichen Schulzentrum.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass das Chemnitzer Nahverkehrsunternehmen mit dem Chemnitzer Modell gemeinsam mit dem VMS ein zukunftsfähiges nachhaltiges Projekt für den öffentlichen Personennahverkehr entwickelt habe. Auch der Bund habe dafür Fördermittel eingestellt, welche allerdings an die Kofinanzierung des Landes Sachsen gebunden seien. Dass sich das Land weigere, die Kofinanzierung zu tätigen, zeige erneut, dass Chemnitz gegenüber Dresden und Leipzig ungleich behandelt werde.

6.2 Linienführung Buslinie 33
Vorlage: P-011/2010 Einreicher: Frau L. aus Chemnitz

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass der Petitionsausschuss mit seinem Änderungsantrag beantrage, dass der Stadtrat beschließen möge, die Petition bei künftigen Beschlussfassungen zu berücksichtigen. Sie fragt zur Klarstellung, ob Berücksichtigung in diesem Falle bedeuten solle, dass alle Argumente dieser Petition in die Betrachtung zur Fortschreibung des Nahverkehrsplanes einbezogen werden sollen.

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Änderungsantrag des Petitionsausschusses genau dies zum Inhalt habe, was die Oberbürgermeisterin ausführte nämlich, dass die Petition in die nächste Nahverkehrsplanung einbezogen werden solle.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) führt aus, dass seine Fraktion den Änderungsantrag des Petitionsausschusses unterstütze, auch wenn grundsätzlich kaum die Möglichkeit bestehe, von den Prämissen, Parallelverkehr zu vermeiden, abzuweichen, da die Mittel für den öffentlichen Personennahverkehr durch das Land immer mehr gekürzt werden. Bei der Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan müsse dann auch berücksichtigt werden, dass andere Linien für die Linie 33 ggf. gekürzt werden müssten. Dies werde keine einfache Entscheidung, aber man müsse den Petenten auch zugute halten, dass sie sich vehement für ihr Ziel einsetzen und dies scheinbar der einzige Sachverhalt sei, wo die Bürger immer wieder auf eine Änderung insistieren.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt zum Problem des Parallelverkehrs auf der Zschopauer Straße, dass es auf anderen Straßen in Chemnitz Parallelverkehr gäbe und nur für die Zschopauer Straße argumentiert werde, dass es dies nicht geben dürfe, da auf dieser Strecke Überlandbusse fahren. Auf anderen Straßen seien Kompromisslösungen gefunden worden. Für die Zschopauer Straße seien aber die Buslinien 206 und 207 kein Ersatz für die Linie 33, was er ausführlich erläutert. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag des Petitionsausschusses zustimmen. Gleichzeitig solle heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden, dass die Linie 33 wieder in die Stadt fahren werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag des Petitionsausschusses

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss P-011/2010

Der Stadtrat beschließt, die Petition bei künftiger Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

7 Beschlussvorlagen

- 7.1 Aktualisierter Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2011
Vorlage: B-340/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert darüber, dass der Kultur- und Sportausschuss am 01.02.2011 statt am 03.02.2011 und der Sozialausschuss am 27.01.2011 statt am 10.02.2011 tagen werde, um vor der Beschlussfassung des Haushaltes 2011 diesen in den Fachausschüssen vorberaten zu können.

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-340/2010

Der Stadtrat beschließt den aktualisierten Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2011 entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.2 Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes "Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz"
Vorlage: B-283/2010 Einreicher: Dezernat 2/FBB
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-283/2010

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt den Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes „Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.3 Wirtschaftsplan 2011 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-301/2010 Einreicher: Dezernat 2/ASR
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-301/2010

Gemäß § 15 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und § 11 Abs. 2 lit. d) der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz (ASR) wird der Wirtschaftsplan 2011 für den Eigenbetrieb „Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ entsprechend Anlage 1 der Beschlussvorlage festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 7.4 Wirtschaftsplan 2011 des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz (ESC)
Vorlage: B-291/2010 Einreicher: Dezernat 2/ESC
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-291/2010

Gemäß § 15 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes und § 11 Abs. 2 lit. d) der Betriebssatzung des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz wird der Wirtschaftsplan 2011 für den Eigenbetrieb „Entsorgungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ entsprechende Anlage 1 der Beschlussvorlage festgesetzt:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 7.5 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 des Eigenbetriebes "Das TIETZ" der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-317/2010 Einreicher: Dezernat 2/Das TIETZ
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-317/2010

Der Stadtrat beschließt, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 des Eigenbetriebes „Das TIETZ“ der Stadt Chemnitz und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gem. § 110 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO i. V. m. § 9 Abs. 2 Nr. 4 SächsEigBG zu bestellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.6 Feststellung der Jahresrechnung 2009
Vorlage: B-298/2010 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 14
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-298/2010

1. Der Stadtrat nimmt den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes über das Prüfungsergebnis der Jahresrechnung 2009 zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat stellt die durch das Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresrechnung 2009 gemäß § 88 Abs. 3 SächsGemO fest.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.7 Veräußerung von städtischen Immobilien im Wege einer Grundstücksauktion
Vorlage: B-334/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 23
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-334/2010

Der Stadtrat beschließt:

Die Veräußerung der nachfolgend genannten städtischen Immobilien durch die Sächsische Grundstücksauktionen AG mit dem Sitz in 01069 Dresden, Hohe Straße 12, im Wege einer Grundstücksauktion.

1. Fabrikstraße 11, 09111 Chemnitz
(Industriedenkmal der Richard Hartmann Werke)
Flurstück 1800/5
Gemarkung Chemnitz
Größe: 4.216 m²

Verkehrswert 2009: 135.000 €
Auktionslimit: 29.000 €

2. Schulstraße 11/13, 09618 Mittelsaida
(Kulturdenkmal – Wohngebäude Schulstraße 13)
Flurstück 124/6
Gemarkung Mittelsaida
Größe: 45.121 m²

Verkehrswert 2006: 20.486 €
Auktionslimit: 5.000 €

3. Markersdorfer Straße 91, 09123 Chemnitz
(Kulturdenkmal – ehemaliges Schulgebäude)
Flurstück 77 (Teilfläche)
Gemarkung Markersdorf
Größe der Teilfläche: ca. 5.640 m²

Verkehrswert 2005: 336.000 €
Auktionslimit: 25.000 €

4. Albert-Köhler-Straße 65/67, 09122 Chemnitz
(Plattenbau – ehemalige Kindertagesstätte)
Flurstück 286/116
Gemarkung Markersdorf
Größe: 7.729 m²

Verkehrswert 2008: 0 €
Auktionslimit: 12.000 €

5. Rödelwaldstraße 19, 09123 Chemnitz
(ehemalige Kindertagesstätte)
Flurstück 246/4
Gemarkung Klaffenbach
Größe: 1.147 m²

Verkehrswert 2010: 24.200 €
Auktionslimit: 7.500 €

Die Sächsische Grundstücksauktionen AG mit dem Sitz in Dresden wird auf der Grundlage eines abzuschließenden Einlieferungsvertrages beauftragt, die städtischen Immobilien mit den genannten Auktionslimiten im Wege einer Grundstücksauktion zu versteigern. Die von der Stadt Chemnitz zu zahlende Courtage beträgt 11,90 % inklusive gesetzliche Mehrwertsteuer vom Höchstgebot.

Gemäß Punkt 8 c der VwV kommunale Grundstücksveräußerung vom 22.03.2004 kommt der Kaufvertrag nur dann mit dem Zuschlag zustande, wenn er einem Gebot erteilt wird, das höchstens 30 Prozent unter dem Verkehrswert liegt. Wird einem niedrigeren Gebot der Zuschlag erteilt, kommt der Vertrag – aufschiebend bedingt (§ 158 Abs. 1 BGB) – erst mit der rechtsaufsichtlichen Genehmigung zustande.

Die Stadt Chemnitz beauftragt die Auktionatoren, dem Meistbietenden den Zuschlag zu erteilen. Sofern im Versteigerungstermin kein Gebot zu dem vereinbarten Limit abgegeben wird, bleibt der Versteigerungsauftrag in der Weise bestehen, dass die Auktionatoren berechtigt sind, innerhalb einer Frist von zwei Monaten die Immobilie unter Beachtung des Limits an Interessenten zu verkaufen. Das Rechtsgeschäft ergeht unter dem Genehmigungsvorbehalt der Rechtsaufsichtsbehörde gemäß § 90 Abs. 3 SächsGemO.

Die Stadt Chemnitz, als Eigentümerin des Kaufgrundbesitzes, erteilt dem Käufer vorbehaltlich entsprechender kommunalaufsichtsrechtlicher Genehmigung Vollmacht zur Belastung des Kaufgrundbesitzes mit – auch vollstreckbaren (§ 800 ZPO) – Grundpfandrechten, von der jedoch nur an der Notarstelle des amtierenden Notars Gebrauch gemacht werden kann. Der Kaufpreis für den Kaufgrundbesitz und eventuelle Kaufpreiszahlungsverzugszinsen sind aus dem durch das Grundpfandrecht gesicherten Darlehen in voller Höhe auszuführen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.8 Verkauf einer Teilfläche des Flurstücks 1294, Gemarkung Röhrsdorf im Industriepark Leipziger Straße in Chemnitz
Vorlage: B-345/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 23
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-345/2010

Der Stadtrat beschließt:

- den Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 1294, Gemarkung Röhrsdorf im Industriepark Leipziger Straße in Chemnitz,
- die Haushaltsansätze werden einnahmeseitig in der Haushaltsstelle 88110.34070 „Sonstiges Grundvermögen/Gewerbe- und Sondergebiete - Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstücken Gewerbegebiet Leipziger Str.“ und ausgabeseitig in der Haushaltsstelle 88110.98770 „Sonstiges Grundvermögen/Gewerbe- und Sondergebiete - Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, private Unternehmen/Subvention Grundstücksverkäufe Gewerbegebiet Leipziger Straße“ um 362.870 € erhöht.

Grundstück:	Röhrsdorfer Allee
Gemarkung:	Röhrsdorf
Flurstück:	1294, Teilfläche von ca. 27.700 m ²
Gesamtgröße:	98.545 m ²

Eigentümer: Stadt Chemnitz

Käufer: Gühning oHG

Der Grundbesitz wird an die Käufer mit einem Nachlass wie folgt veräußert:

Kaufpreis: 329.630 € (11,90 €/m² x 27.700 m²)

Verkehrswert: 692.500 € (25 €/m²)

Kaufpreinsnachlass: 362.870 € (13,10 €/m²)

Haushaltsstelle: 88110.98770

Belastungsvollmacht:

Die Stadt Chemnitz als Eigentümerin des Kaufgrundbesitzes erteilt dem Käufer vorbehaltlich entsprechender kommunalaufsichtsrechtlicher Genehmigung Vollmacht zur Belastung des Kaufgrundbesitzes mit – auch vollstreckbaren (§ 800 ZPO) Grundpfandrechten, von der jedoch nur an der Notarstelle des amtierenden Notars Gebrauch gemacht werden kann.

Der Kaufpreis für den Kaufgrundbesitz und eventuelle Verzugszinsen sind aus dem durch das Grundpfandrecht gesicherten Darlehen in voller Höhe auszuführen.

Grundbuchrechtliche Sicherung des Kaufpreinsnachlasses:

In Abteilung III des Grundbuches wird eine Grundschuld ohne Brief zur Absicherung der Differenz/Nachlass in Höhe von 362.870 € zugunsten der Stadt Chemnitz an nächstmöglicher Rangstelle eingetragen. Dem Rangrücktritt wird durch die Stadt Chemnitz zugestimmt, wenn das finanzierende Kreditinstitut die Eintragung der Grundpfandrechte an nächstmöglicher Rangstelle in Abteilung III des Grundbuches fordert. Im Falle der Insolvenz des Käufers besteht im vorgenannten Fall das Risiko des Forderungsverlustes.

Rücktrittsrecht:

Der Käufer ist zum Rücktritt vom Kaufvertrag bis 31.12.2011 berechtigt, wenn die bei der Sächsischen Aufbaubank beantragten Zuschüsse nicht gewährt werden. Dem Liegenschaftsamt der Stadt Chemnitz ist hierzu eine Kopie der Ablehnung durch die Sächsische Aufbaubank zu übergeben.

Der Käufer ist weiterhin zum Rücktritt vom Kaufvertrag bis zum 30.06.2011 berechtigt, sofern der Geschäftsführerbeschluss und der Beiratsbeschluss zur Ansiedlung des Unternehmens in Chemnitz bis zu diesem Termin nicht vorliegen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(1 Stimmenthaltung)**

7.9 2. Änderung der Hundesteuersatzung
Vorlage: B-342/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 21

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass mit dem Änderungsantrag seiner Fraktion erreicht werden solle, dass die bisher enthaltene Sozialklausel in der Hundesteuersatzung erhalten bleibe.

Herr Bürgermeister Nonnen führt aus, dass die Bestätigung des Änderungsantrages zu Mindereinnahmen in Höhe von ca. 33.000 € führen würde. Des Weiteren hielte er es für kein gutes Signal, wenn drei Wochen nach der Bestätigung von EKKo-Maßnahmen diese durch Beschluss des Stadtrates wieder geändert werden.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion zwar in die Konsolidierungsmaßnahme eingreife, aber mit dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage B-266/2010 ggf. Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) stellt klar, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion zur Beschlussvorlage B-266/2010 nicht dafür eingereicht wurde, um eine eventuelle Einsparung bei der Hundesteuer zu finanzieren.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-342/2010

Der Stadtrat beschließt die 2. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Chemnitz vom 24.11.2004 gemäß Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

7.10 Hebesatzsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-341/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 21

Herr Stadtrat Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) beantragt namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-341/2010

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 3.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

7.11 Winterdienstkonzept der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-220/2010 Einreicher: Dezernat 6/ASR

Herr Münster (Bebtriebsleiter ASR/ESC) macht Ausführungen zur derzeitigen Wetter- und Straßensituation in Chemnitz. Seit dem 21.11.2010 seien die Kräfte des ASR rund um die Uhr im Dauereinsatz. Die Hauptstraßen seien, wenn auch mit winterlichen Behinderungen grundsätzlich befahrbar, auf den Nebenstraßen gäbe es eine stark eingeschränkte, nicht mehr kontrollierbare Befahrbarkeit. Der Salzbestand vor dem Winter betrug 6.600 t, derzeitiger Bestand seien 3.400 t, wobei hierbei bereits 1.100 t nachbestellt wurden. Der Winter habe auch Auswirkungen auf die Entsorgungssituation. So seien pro Tag etwa 11.000 bis 12.000 Leerungen zu bewältigen. Derzeit gäbe es ca. 800 Entsorgungsausfälle am Tag. Dies hänge vor allem auch mit den Bedingungen im Nebenstraßennetz zusammen. Anbetracht der Witterungslage wurden die Wertstoffhöfe Jägerschlösschenstraße, Kalkstraße und Weißer Weg bis einschließlich Samstag geschlossen. Die Entsorgungstouren wurden um 30 % verstärkt und es wurden 15 % mehr Entsorgungstouren angeordnet, um bei den normalen Abfällen weitestgehend entsprechende Entsorgungssicherheit gewährleisten zu können.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bittet Herrn Münster seinen Mitarbeitern den Respekt für ihre Arbeit zu übermitteln.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass das Winterdienstkonzept jetzt beschlossen werde, wo der Winter schon da sei. Eigentlich hätte dies früher beschlossen werden müssen. Er erklärt, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde, bittet aber darum dass in den Folgejahren das Winterdienstkonzept spätestens im Oktober auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) spricht im Zusammenhang mit der Vorlage über Schneezäune und meint, dass man sich auch zu dieser Problematik nochmals verständigen müsse. Er bittet Frau Bürgermeisterin Wesseler zuständigkeitshalber dafür um Informationen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) weist auf das Problem der Barrierefreiheit hin. Sie meint, dass man in den entsprechenden Beiräten über einzelne Fragen diskutieren könne und somit Probleme im Vorfeld ausgeräumt werden könnten, wenn das Winterdienstkonzept früher eingebracht werde. So dürften z. B. die exponierten Behindertenparkplätze nicht als Schneeabwurfanlagen genutzt und an Ampelanlagen mit Signalwirkung keine Schneehaufen angehäuft werden.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erklärt, dass es verwaltungsintern ein vorläufiges Winterdienstkonzept gegeben habe und dies nun öffentlich gemacht wurde, um mehr Transparenz zu schaffen.

Sie sagt zu, dass die kommenden Winterdienstkonzepte dem Stadtrat im Oktober vorgelegt werden, nachdem der Haushaltsplanentwurf aufgestellt wurde. Zur Problematik der Schneezäune erklärt sie, dass über die Prioritätensetzung im Januar 2011 im Ausschuss informiert werden könne und dass diese zukünftig auch im Winterdienstkonzept mit dargestellt werde.

Beschluss B-220/2010

Der Stadtrat beschließt das Winterdienstkonzept gem. Anlage 3 einschließlich des dazugehörigen Straßenverzeichnisses gemäß Anlage 4 und Betreuungsmatrix gemäß Anlage 5 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.12 Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für das Internat am Sportgymnasium, Reichenhainer Straße 202
Vorlage: B-112/2010 Einreicher: Dezernat 1/Amt 40
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-112/2010

Der Stadtrat beschließt die Entgeltordnung der Stadt Chemnitz für das Internat am Sportgymnasium, Reichenhainer Straße 202, 09125 Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(1 Nein-Stimme, wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.13 Entgeltordnung Tiefgarage Theaterplatz
Vorlage: B-266/2010 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
-

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) spricht zum eingereichten Änderungsantrag und erklärt, dass bei einem knappen Angebot von Dauerparkplätzen in der Stadt keine Notwendigkeit mehr gesehen werde, Dauerparkkarten für die Tiefgarage am Theaterplatz zu subventionieren. Deshalb werde beantragt die Gebühr von 33 € auf 40 € zu erhöhen. Des Weiteren solle eine Angleichung bei der Parkzeit für die erste Gebühreneinheit auf 30 Minuten erfolgen. Auch die Subventionierung durch die Opernpauschale sei nicht zeitgemäß und solle gestrichen werden. Als weiteren Punkt bringt er ein, dass die Anwohnerparkplätze im Stumpf zur Brückenstraße in Richtung Hartmannstraße nicht weiterhin subventioniert werden sollten und auch hier eine Anpassung erfolgen solle. Diese Änderungen werden nicht nur als Möglichkeit zur Haushaltskonsolidierung gesehen, sondern auch zur Gebühren-gerechtigkeit.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) beantragt Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrages.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stellt richtig, dass die Opernpauschale keine Subventionierung sei, sondern dass diese Gebühr als Pauschale vor dem Opernbesuch gezahlt werden könne und somit am Ende der Vorstellungen kein Chaos im Parkhaus entstehe.

Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass die erhöhte Parkzeit für die erste Gebühr daraus resultiere, dass man fußläufig die Innenstadt erreichen müsse und bei 30 Minuten Parkzeit lediglich 10 Minuten zur Erledigung von Angelegenheiten blieben.

Zur Opernpauschale meint er, dass man den Theaterbesuchern nicht noch zusätzlich den Besuch des Theaters erschweren bzw. durch die Erhöhung der Opernpauschale den Einen oder Anderen vom Theaterbesuch abhalten solle.

Herr Bürgermeister Brehm bestätigt, dass durch die Opernpauschale die Ausfahrt nach Vorstellungen aus der Tiefgarage besser organisiert sei.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) ändert daraufhin den eingereichten Änderungsantrag im Punkt 3. Somit solle die Opernpauschale nicht abgeschafft, sondern auf 3 € erhöht werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) weist darauf hin, dass bei Eingreifen in die Opernpauschale das gesamte Tarifsysteem geändert werden müsse, da das Parken zu Theaterbesuchen zur Nachtzeit von 19:00 – 06:00 Uhr entsprechend der Entgeltordnung zähle.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Opernpauschale mit der Nachtpauschale nichts zu tun habe.

Abstimmung über Punkt 1 des Änderungsantrages (Parkdauer)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über Punkt 2 des Änderungsantrages (Erhöhung der Gebühr für Dauerparker)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(viele Stimmen dagegen)**

Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrages (Erhöhung der Opernpauschale)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(23 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

Beschluss B-266/2010

1. Der Stadtrat beschließt die Entgeltordnung für die Tiefgarage Theaterplatz gemäß Anlage 2 der Beschlussvorlage einschließlich der beschlossenen Änderungen des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
2. Der Stadtrat bevollmächtigt die Verwaltung, gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage, Rabatte zu gewähren.
3. Der Stadtrat beschließt, dass Teile des Zahlungsverkehrs (die Kassengeschäfte der manuellen Barkasse in der Tiefgarage Theaterplatz) gem. § 87 SächsGemO durch externe Dienstleistungsunternehmen durchgeführt werden (siehe Anlage 1 der Beschlussvorlage).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

- 7.14 Entwicklung der Zentralen Gebäudebewirtschaftung (ZGB) in der Stadtverwaltung Chemnitz
Vorlage: B-338/2010 Einreicher: Dezernat 1/SE 17, Amt 65
-

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass seine Fraktion die Fusion zwischen der ZGB und dem Amt 65 unterstütze, auch wenn die Vorstellung von Alternativen wünschenswert gewesen wäre. Die Zuordnung zum Dezernat 1 könne die Fraktion DIE LINKE jedoch nicht mittragen, da sie der Meinung sei, dass das Hochbauamt als zentraler Bereich des Dezernates 6 in diesem verbleiben müsse. Daher solle das Einvernehmen des Stadtrates nicht für die Zuordnung zum Dezernat 1 gegeben werden. Sollte das Einvernehmen jedoch erfolgen, kündigt er einen Beschlussantrag seiner Fraktion für Januar 2011 an, mit welchem die Zuordnung zum Dezernat 6 beantragt werde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt zum Änderungsantrag seiner Fraktion aus, dass sich über die Kernaufgaben verständigt werden müsse. Da der Flächenverbrauch normiert sei, könne eine effektive Bewirtschaftung nur durch Nutzervereinbarungen umgesetzt werden. Im Bereich Liegenschaften wäre es Aufgabe des neuen Amtes, die Vermarktung vorzubereiten, was dann durch das Liegenschaftsamt umzusetzen sei. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass sich das Hochbauamt auch in seiner Bezeichnung in der neu zu bildenden Einheit wieder finden müsse und schlage deshalb die Bezeichnung „Amt für Hochbau und Gebäudemangement“ vor. Zur Zuordnung erklärt er, dass diese Einheit nicht zwingend dem Dezernat 6 zugeordnet werden müsse, da das Hochbauamt lediglich städtische Aufgaben bearbeite und keine Außenwirkung habe.

Herr Bürgermeister Brehm sagt, dass Grundgedanke der Zusammenführung die Erarbeitung einer klaren Kostenstruktur zu Gebäuden und eine Methode dafür das Vermieter-Mieter-Modell sei. Er meint, es sei wichtig, dass diese neue Organisationsstruktur geschaffen werde, weil dadurch für die Stadt dringend benötigte Synergieeffekte erschlossen werden können.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) möchte wissen, ob bzw. wie die Aufgaben des Jugendamtes personell abgesichert werden.

Frau Bürgermeisterin Lüth erklärt, dass eine konkrete Bemessung im Amt 51 vorgenommen wurde, wie die Aufgaben für die freien Träger für die Zukunft personell realisiert werden sollen. Gemeinsam mit dem Amt 18 müsse überprüft werden, ob eine Zuweisung von zwei Mitarbeitern gerechtfertigt sei oder nicht.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sei davon überzeugt, dass die Zusammenführung erfolgen müsse, um zu effektiven Strukturen zu kommen. Es sei gesichert, dass das Dezernat 6 die bauliche Stadtentwicklung im Hochbau weiter mit begleiten werde.

Herr Bürgermeister Runkel bezieht sich auf das Schreiben, welches den Stadtratsmitgliedern am heutigen Tag ausgereicht wurde, und erläutert das Procedere zum Abstimmungsverfahren der Änderungsanträge. Er erklärt, dass grundsätzlich die Oberbürgermeisterin die Entscheidungskompetenz zur Dezernatsstruktur habe. Werde dem Vorschlag der Verwaltung heute nicht zugestimmt, müsste zu einem späteren Zeitpunkt ein Antrag aus der Mitte des Stadtrates zur Zuordnung gestellt werden, welcher mit 2/3 Mehrheit bestätigt werden müsse.

Zum Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ führt er aus, dass dieser ebenso wie die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages der Fraktion FDP nicht zulässig sei, da diese in die Entscheidungskompetenz der Oberbürgermeisterin eingreifen würden. Der Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP hingegen könne zur Abstimmung gebracht werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) streicht daraufhin die Punkte 1 und 2 des Änderungsantrages seiner Fraktion. Somit stehen lediglich die Kernaufgaben im Punkt 3 des Antrages zur Abstimmung.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung in zwei Punkten abgestimmt werde.

Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrages der Fraktion FDP

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über Satz 1 des Beschlussvorschlages der Verwaltung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über Satz 2 und 3 des Beschlussvorschlages der Verwaltung

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(30 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen)**

Beschluss B-338/2010

Der Stadtrat beschließt die weitere Entwicklung der Zentralen Gebäudebewirtschaftung (ZGB) entsprechend der in der Anlage 2 aufgeführten Kernthemen mit zukünftiger Struktur, Stellenzuführungen, Objektübernahmen und die Verwaltungsvereinfachungen.

Auf Grundlage § 55 Abs. 3 der SächsGemO wird die ZGB dem Dezernat 1 zugeordnet. Der Stadtrat erteilt hierzu sein Einvernehmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Pause von 17:27 bis 17:50 Uhr

- 7.15 Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz
Vorlage: B-270/2010 Einreicher: Dezernat 3
-

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass im Lokalen Aktionsplan der Linksextremismus mit beinhaltet sein müsse und seine Fraktion mit dem Änderungsantrag fordere, dass die Vorlage neutral gefasst werde und so die Themenschwerpunkte Rechts- und Linksextremismus behandelt werden. Außerdem solle es eine Selbstverständlichkeit sein, dass Vereine, welche Förderungen der Stadt für den Kampf gegen extremistische Aktivitäten erhalten, nicht selber solche Aktivitäten entfalten. Nach Auffassung seiner Fraktion dürften Personen und Organisationen, die mit der Linken zusammenarbeiten, auf keinen Fall in den Genuss solcher Förderung kommen.

Seine Fraktion möchte, dass für die Zahlung von Fördermitteln die entsprechenden Vereine die so genannte Extremismusklausel unterzeichnen müssen, so wie es bereits andernorts gehandhabt werde. Deshalb bringt er folgenden Punkt 3 des Änderungsantrages seiner Fraktion neu ein:

„Voraussetzung einer Förderung ist, dass die Antragsteller erklären, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu akzeptieren und nicht mit Personen oder Gruppen zusammenzuarbeiten, welche die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen oder ablehnen.“

Er erklärt ferner, dass im Lokalen Aktionsplan bestimmte Begriffe, welche als Kriterien zur Förderung herangezogen werden, nicht definiert seien.

Ein weiterer Punkt, den seine Fraktion kritisiere, sei der Begleitausschuss, da mit diesem die Organisationen, welche Fördermittel beantragen, gleichzeitig über die Vergabe entscheiden sollen. Dieser Begleitausschuss sei nach Ansicht seiner Fraktion vollkommen überflüssig, deshalb beantrage sie, dass die Aufgaben des Begleitausschusses dem Kultur- und Sportausschuss der Stadt übertragen werden.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) macht Ausführungen zur Extremismusklausel.

Sie sagt, dass demokratische Kultur sich nicht an Klauseln festmachen lasse, sondern an dem was praktiziert werde und an den Inhalten der Projekte. Es sei abzulehnen, dass aufgrund dessen, dass mit Partnern zusammengearbeitet werde, die den Anschein erwecken, in irgendeiner Weise extremistisch zu sein, keine Förderung erfolgen solle. Die Förderrichtlinie des LAP solle so beschlossen werden, wie sie vorliege.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass Vereine, die selbst vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuft werden, nichts in einer öffentlichen Förderung zu suchen haben.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-270/2010

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung von Projekten im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 7.16 1. Nachtrag zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Zweckverband Wasserwerke Westerzgebirge ab 1. Januar 2011
Vorlage: B-306/2010 Einreicher: Dezernat 3/ESC
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-306/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. den 1. Nachtrag zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit dem Zweckverband Wasserwerke Westerstal (Rechtsnachfolger des Zweckverbandes Würschnitztal) ab 1. Januar 2011 für die Übernahme und Behandlung von Abwasser aus dem vereinbarten Einzugsgebiet und perspektivisch weiteren Einzugsgebieten, welches nicht der Beseitigungspflicht der Stadt Chemnitz unterliegt, gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage.
2. Der Betriebsleiter des Entsorgungsbetriebes der Stadt Chemnitz (ESC) wird ermächtigt, den Nachtrag in Vertretung der Stadt Chemnitz mit dem Zweckverband Wasserwerke Westerstal abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(wenige Stimmenthaltungen)**

7.17 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Röhrsdorfer Wohnungsbauförderungsgesellschaft mbH
Vorlage: B-326/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der GGG mbH

Simone Kalew
Roswitha Kurth
Christian Wolf

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt

Vertreterin der Verwaltung

Petra Wesseler

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

Wahlergebnis: einstimmig gewählt

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag SPD-Fraktion

Klaus Möstl (SPD-Fraktion)

Wahlvorschlag Fraktion FDP

Jürgen Konrad (Fraktion FDP)

Da mehrere Wahlvorschläge vorliegen, findet **geheime Wahl** statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	47
abgegebene Stimmen:	46

davon	
gültige Stimmen:	46
ungültige Stimmen:	0
Stimmenthaltungen	2

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Herrn Möstl	31 Stimmen
Herrn Konrad:	13 Stimmen

Herr Klaus Möstl hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Beschluss B-326/2010

Der Stadtrat wählt folgende Personen und bestellt widerruflich die Verwaltungsvertreterin und das weitere Aufsichtsratsmitglied in den Aufsichtsrat der Röhrsdorfer Wohnungsbauförderungsgesellschaft mbH:

Frau Simone Kalew (Vertreterin der GGG)
Frau Roswitha Kurth (Vertreterin der GGG)
Herr Christian Wolf (Vertreter der GGG)
Frau Bürgermeisterin Wesseler (Vertreterin der Verwaltung)
Herr Klaus Möstl (weiteres Aufsichtsratsmitglied)

- 7.18 Überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 60200.54300 "Bewirtschaftungskosten Winterdienst ASR" in Höhe von 1.121.000,00 €
Vorlage: B-174/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-174/2010

Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung in der Haushaltsstelle 60020.54300 „Tiefbauverwaltung Bewirtschaftungskosten Winterdienst ASR“ in Höhe von 1.121.000 € gemäß Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.19 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gemeinnützigen Regionalen Aufbaugesellschaft mbH (TGR)
Vorlage: B-290/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-290/2010

Der Stadtrat beschließt, den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Chemnitzer Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH - CWE - zu ermächtigen, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Tochtergesellschaft Gemeinnützige Regionale Aufbaugesellschaft mbH (TGR) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage zuzustimmen:

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7.20 Übernahme weiterer Geschäftsanteile an der Event- und Messegesellschaft Chemnitz mbH (EMC) durch die Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH (Stadthalle) und nachfolgende Verschmelzung der Stadthalle mit der EMC
Vorlage: B-320/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-320/2010

Der Stadtrat beschließt:

1. den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH zu ermächtigen, der Übernahme von 50 % der Geschäftsanteile an der Event- und Messegesellschaft Chemnitz mbH (EMC) von der emsp Management & Holding GmbH zuzustimmen.
2. den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH zu ermächtigen den nachfolgenden Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Tochtergesellschaft Event- und Messegesellschaft Chemnitz mbH (EMC) gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zuzustimmen.

3. die Verschmelzung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH mit der Event- und Messegesellschaft Chemnitz mbH (EMC). Der Stadtrat ermächtigt hierfür den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz, in der Gesellschafterversammlung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH allen notwendigen Beschlüssen, Verträgen und Rechts-handlungen zur Umsetzung dieser Verschmelzung zuzustimmen.
4. den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterver-sammlung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH zu ermächtigen, den Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH gemäß Anlage 4 der Be-schlussvorlage zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.21 Durchführung eines Ideenwettbewerbes durch die Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH in Vorbereitung eines Ausbaues der Stadthalle Chemnitz zum Kongress- und Tagungszentrum
Vorlage: B-321/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass sie sich bei dieser Vorlage der Stimme enthalten werde, da sie über die Informationen zum Kongresszentrum, insbesondere zur Wirtschaftlichkeitsprüfung nicht zufrieden sei. Sie ist der Meinung, dass man Fragen bzw. Zweifel von Anfang an in die Überlegungen bei einem Ideenwettbewerb mit einbeziehen sollte. Für sie bleibe die Frage, wie sehr ein Kongresszentrum Vorteile bringe aber eben auch Nachteile durch Schulden. Sie stelle sich nicht gegen die Vorlage, da ein Kongresszentrum etwas sehr Gutes für Chemnitz sein könne, es müsse mit den Geldern jedoch sehr behutsam umgegangen werden und Prioritäten müssten gesetzt werden.

Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion) meint, dass mit der Erweiterung der Stadthalle die Innenstadtproblematik immer weiter entschärft werde, da ein lebender Organismus für die Innenstadt benötigt werde.

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) wirbt für die Beschlussvorlage, da man sich in Chemnitz auf ein Kongresszentrum konzentrieren müsse.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) kritisiert, dass die Beschlussvorlage nicht auch im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beraten worden sei.

Herr Stadtrat Wolf (fraktionslos) erklärt, dass er sich der Stimme enthalten werde, da er kein gutes Gefühl habe, in diesen Bereichen Geld zu investieren, solange Sanierungsbedarf an Schulen bestehe.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) ist ebenfalls der Meinung, dass in Zeiten eines schwachen Haushaltes und maroder Schulen für dieses Vorhaben kein Geld ausgegeben werden solle. Er befürworte ein Kongresszentrum, aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Herr Bürgermeister Nonnen erklärt, dass die Beschlussvorlage auch im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss hätte vorberaten werden können. Den Prozess des Ideenwettbewerbes sollten auch Mitglieder des Stadtrates begleiten. Er stellt klar, dass es mit der Beschlussvorlage lediglich um einen Architektenwettbewerb gehe und nicht um die Umsetzung in Höhe von 16 Mio. €. Das Wettbewerbsergebnis solle Mitte 2011 vorgelegt werden. Abschließend informiert er, dass der Abwägungsprozess zur Problematik ca. ein Jahr gedauert habe und die Aufsichtsräte einbezogen waren.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig führt aus, dass Schulen saniert werden müssen, aber in eine Stadt mehr zum Leben gehört, um die Menschen zum Bleiben zu bewegen. Auch könne das Kongresszentrum als Oberzentrum genutzt werden.

Beschluss B-321/2010

Der Stadtrat beschließt

den Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der Gesellschafterversammlung der Stadthalle Chemnitz Kultur- und Kongreßzentrum GmbH zu ermächtigen, in Vorbereitung eines Ausbaues der Stadthalle Chemnitz zum Kongress- und Tagungszentrum der Durchführung eines Ideenwettbewerbs unter Beachtung folgender Rahmenbedingungen zuzustimmen:

- Das Projekt muss gesamtplanerisch in das bestehende Ensemble unter Berücksichtigung der Anforderungen des Denkmalschutzes und der städtebaulichen Vorgaben eingebunden werden.
- Aus dem Ideenwettbewerb soll sich keine Verpflichtung zur weiteren Beauftragung ergeben, da der Stadtrat über die Umsetzung anhand eines konkreten Projektes einschließlich der damit verbundenen Finanzierung gesondert beschließen soll.
- Für das Projekt ist eine finanzielle Kostenobergrenze von 16 Mio. € (netto) festzulegen die sich wie folgt zusammensetzt:
 - 10 Mio. € (netto) Ausbau der Stadthalle zum Kongresszentrum
 - 4 Mio. € (netto) Erneuerung der Heizungs- und Lüftungsanlage des Altbestandes der Stadthalle einschließlich Anpassung an den Kongressausbau
 - 2 Mio. € (netto) weitere Anpassung des Altbestandes Stadthalle an den Kongressausbau (Brandschutz, Gebäudetechnik, Ausstattung, etc.).
- Die Einhaltung dieser Obergrenze soll in die entsprechende Bewertung der Wettbewerbsteilnehmer als Auswahlkriterium einfließen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(1 Nein-Stimme, wenige Stimmenthaltungen)**

7.22 Wahl einer Friedensrichterin/eines Friedensrichters für den Schiedsstellenbezirk VI der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-259/2010 Einreicher: Dezernat 3/Amt 30

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Es erfolgt **geheime Wahl**.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihre Vorsitzenden.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

Stimmberechtigte: 47
abgegebene Stimmen: 46

davon

gültige Stimmen 46
ungültige Stimmen 0
Stimmenthaltungen 1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Gläßer, Christina 9 Stimmen
Herold, Frank 1 Stimme
Dr. Mrwa, Axel 35 Stimmen

Herr Dr. Mrwa hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Beschluss B-259/2010

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk VI Herrn Dr. Mrwa als Friedensrichter.

7.23 Standorte und Flächen für das legale Aufsprühen von Graffiti
Vorlage: B-275/2010

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-275/2010

Der Stadtrat beschließt die Freigabe und die Bereitstellung von Bauwerksoberflächen (entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage) für das legale Aufsprühen von Graffiti sowie die Verfahrensweise/Regelung für die Nutzung/Gestaltung der freigegebenen Flächen in der Stadt Chemnitz (entsprechend Anlage 2, Punkte 3 und 5 der Beschlussvorlage).

Die Stadt Chemnitz veröffentlicht in einer Internetseite die freigegebenen Flächen und die mit der Nutzung verbundenen Bedingungen (entsprechend Anlage 2, Punkt 4 der Beschlussvorlage).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(wenige Stimmenthaltungen)**

- 7.24 Aufhebung des Beschlusses Nr. B-222/98 - Einführung eines "Qualitätssiegels" in betreuten Wohnanlagen für Senioren in der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-261/2010 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-261/2010

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses Nr. B-222/98 vom 15.07.1998 „Einführung eines „Qualitätssiegels“ in betreuten Wohnanlagen für Senioren in der Stadt Chemnitz.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(1 Stimmenthaltung)**

- 7.25 Außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Aufstockung der zweckgebundenen investiven Rücklage für Schulbaumaßnahmen
Vorlage: B-348/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-348/2010

1. Der Stadtrat beschließt die außerplanmäßige Mittelbereitstellung zur Aufstockung der zweckgebundenen investiven Rücklage für Schulbaumaßnahmen gemäß Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage.
2. Die Höhe der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung steht unter dem Vorbehalt des Ergebnisses der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2010.
3. Die Zweckbindung der Rücklage erfolgt gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage. Frei werdende Mittel der zweckgebundenen Rücklage werden zugunsten der Maßnahme Körperbehindertenschule zugeordnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

8 Informationsvorlagen

- 8.1 Vorhabensplan IT- und E-Government der Stadtverwaltung Chemnitz
Vorlage: I-077/2010 Einreicher: Dezernat 1 / Amt 18
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Finanzcontrolling per 30.09.2010
Vorlage: I-070/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Beteiligungsbericht der Stadt Chemnitz auf Basis der Ergebnisse 2009
Vorlage: I-074/2010 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.4 Information zur Fortschreibung der Konzeption zur nachhaltigen Pflege und Entwicklung des Stadtgrüns von Chemnitz (Pflege- und Entwicklungskonzeption Stadtgrün)
Vorlage: I-067/2010 Einreicher: Dezernat 6/Amt 67
-

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) fragt, ob mit dieser Informationsvorlage die bisher gefassten Beschlüsse realisiert sein sollen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) fragt wann entsprechend Beschluss zur Grünpflegekonzeption, welche die Grundlage für die Informationsvorlage sei, die Vorlage im Verwaltungs- und Finanzausschuss behandelt werden solle, da dies aus der Beratungsfolge nicht hervor gehe.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) bittet um Ausreichung des in der Vorlage benannten Gutachtens.

Frau Bürgermeisterin Wesseler sagt die Ausreichung des Gutachtens noch für dieses Jahr zu. Sie erklärt ferner, dass die Vorlage nicht im Verwaltungs- und Finanzausschuss vorberaten wurde, da sie schon im Betriebsausschuss- sowie im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss auf der Tagesordnung stand. Sollte es gewünscht werden, könne die Beratung im Verwaltungs- und Finanzausschuss im Januar 2011 nachgeholt werden. Zur Frage von Herrn Stadtrat Kraneis erklärt sie, dass das die Vorlage den jetzigen Stand widerspiegle und im Sinne eines Controlings beabsichtigt sei, jährlich weiter über die Ergebnisse der Umsetzung der Grünpflegekonzeption zu berichten.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Beschlussanträge

- 9.1 Denkmalprogramm für die Friedliche Revolution
Vorlage: BA-036/2010 Einreicher: Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
-

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es der historische Verdienst der Protestbewegung sei, eine gelungene, friedliche Revolution in der Geschichte hervorgebracht zu haben. Diese Menschen stehen in der Erinnerungskultur als Vorbild für gelebte Demokratie und seine Fraktion finde, dass es endlich an der Zeit sei, ihnen auch in Chemnitz ein Denkmal zu setzen. Er bittet um Zustimmung zum Beschlussantrag.

Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion) erklärt, dass der Beschlussantrag von der SPD-Fraktion ausdrücklich unterstützt werde. Er meint, dass es mit einem Abstand von nunmehr 20 Jahren möglich sein sollte, über Orte und Inhalte emotionsfrei zu sprechen und entsprechende Festlegungen zu treffen. Zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe führt er aus, dass diese nicht unbedingt mit so genannten Sachverständigen besetzt werden solle. Es solle möglich sein, mit einfachen und klaren Worten zum Ausdruck zu bringen, dass die friedliche Revolution von 1989 auch in Chemnitz Initialzündung dafür war, ein lebenswerteres Leben zu schaffen.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass auch die CDU-Ratsfraktion dem Beschlussantrag zustimmen werde und dass es in der Stadt Chemnitz viele Orte gäbe, die es verdienten genannt zu werden.

Frau Stadträtin Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) unterstützt den Beschlussantrag und hofft, dass viele Bürgerinnen und Bürger, die hier ungenannt bleiben, weil sie damals anonym auf die Straße gegangen sind, beim Aufsuchen dieser Gedenkorte auch die Reflexion haben zu dem, was sie damals gewollt haben und der Gegenwart.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass bei Beschlussfassung die Verwaltung einen Vorschlag zur Besetzung der Arbeitsgruppe erarbeiten werde. Sie denkt, dass man dabei gute Erfahrungen in Vorbereitung des Jahrestages „20 Jahre friedliche Revolution“ gemacht habe, wo fraktions- oder parteiübergreifend Akteure in der Arbeitsgruppe arbeiteten, die die Ereignisse aus verschiedenen Perspektiven miterlebt haben.

Herr Stadtrat Dr. Schultz (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob der Platz für ein Denkmal auf die drei vorgeschlagenen Standorte begrenzt sei oder noch weitere Orte genannt werden könnten. Er macht darauf aufmerksam, dass es nicht den einen Ort gäbe, der signifikant für die demokratische Wende sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig stellt fest, dass der Standort für ein entsprechendes Denkmal laut Beschlussvorschlag offen sei.

Beschluss BA-036/2010

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird beauftragt, auf der Grundlage der „Förderrichtlinie Denkmalstätten 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit“ Mittel für die angemessene Würdigung von Denkmalstätten im Sinne der Richtlinie für die Stadt Chemnitz zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(2 Stimmenthaltungen)**

9.2 1. Änderung der Marktsatzung
Vorlage: BA-038/2010 Einreicher: SPD-Fraktion

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) informiert über die Änderung zum Beschlussantrag und bittet um Zustimmung.

Beschluss BA-038/2010

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Marktsatzung gemäß Anlage 1 des Beschlussantrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

10 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) fragt zum Konjunkturpaket II:

„Wie verteilt sich das Auftragsvolumen auf die Chemnitzer regionalen und überregionalen Firmen?“ „Wie wird der Bürgerschaftsprozess der Agenda 21 in die vorgesehenen Maßnahmen einbezogen?“

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) fragt zu den Schulschließungen auf Grund des Schneefalls, ob man dies für die Zukunft vielleicht etwas differenzierter handhaben könne.

Die Stadtratsmitglieder Frau Schaper, Herr Kraneis und Herr Horváth geben schriftliche Anfragen ab.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert über folgende Statistik des Stadtrates im Jahr 2010:

Sitzungszeit	ca. 50 Stunden
Beschlussvorlagen auf der Tagesordnung	143 öffentlich 4 nichtöffentlich
davon beschlossen	111
Petitionsvorlagen	10
Beschlussanträge auf der Tagesordnung	32
Beschlussanträge beschlossen	14
Informationsvorlagen	25
Stadtratsanfragen (Stand 14.12.2010)	423
Eilentscheidungen der Oberbürgermeisterin	0

- 11 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** und **Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** bestätigt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt die Sitzung

03.01.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

03.01.2011 *Möstl*
Datum Möstl
Mitglied
des Stadtrates

06.01.2011 *A. Patt*
Datum Patt
Mitglied
des Stadtrates

23.12.2010 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin